

## **A-5 Freiheit sichern: Gegen den autoritären Umbau!**

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 09.10.2020  
Tagesordnungspunkt: A Startpunkt Krise – Aufbruch in ein neues Morgen

### **Antragstext**

1 Deutschland hat ein kontinuierliches Naziproblem, das gerade in den  
2 Sicherheitsbehörden unübersehbar zutage tritt, sich dabei über die Jahrzehnte  
3 aber nur in immer neuen Facetten zeigt. Ob Angriffe auf Geflüchtete, Anschläge  
4 auf linke Politiker\*innen und Aktivist\*innen oder Hetzkampagnen gegen Frauen im  
5 Internet: Rechte versuchen seit Jahrzehnten, durch Angst, Terror und gezielte  
6 Diskursverschiebung ihre Vorstellungen einer homogenen Gesellschaft in die Tat  
7 umzusetzen. Seit der AfD gelingt es ihnen, das lauter und auf größeren Bühnen zu  
8 sagen, als viele aus der vermeintlichen "Mitte der Gesellschaft" in einem  
9 Deutschland nach 1945 noch für denkbar gehalten haben. Während People of Color  
10 und - besonders ostdeutsche - Antifaschist\*innen seit Jahren davor warnen,  
11 während Recherchenetzwerke immer wieder Waffenlager und geheime  
12 Kampfsporttrainings für den "Tag X" aufdecken, schauen die, die uns Sicherheit  
13 versprochen haben, systematisch weg. Polizei, Verfassungsschutz,  
14 Innenministerien: Es scheint, als wüssten sie von diesem Problem nichts. Dass  
15 sie das sehr wohl tun, ist uns nicht erst seit der Selbstenttarnung des NSU und  
16 den begleitenden Untersuchungsausschüssen schmerzlich bewusst. Doch die Behörden  
17 zeigen wenig Interesse daran, rechte Netzwerke oder rassistische Strukturen  
18 aufzudecken, geschweige denn dagegen vorzugehen.

19 Die Gründe dahinter sind vielfältig: Eine der dabei viel zu oft außer Acht  
20 gelassenen Ursachen liegt im Zusammenhang von Kapitalismus und Rassismus. Der  
21 neoliberale Leistungs- und Konkurrenzgedanke ist eng verbunden mit offener rechter  
22 Ideologie. Extreme ökonomische Ungleichheit wird im Neoliberalismus als normal  
23 oder sogar als gerecht dargestellt. Der Schritt zu einer Befürwortung von  
24 Ungleichheit zwischen Menschen ist dann nicht mehr weit: Rassismus und Sexismus  
25 sind Ideologien, die bestehende Ungleichheiten rechtfertigen und als natürlich  
26 darstellen wollen.

27 Die antifaschistische Gegenposition der Forderung nach Gleichheit, Gerechtigkeit  
28 und ein Leben in Würde widerspricht sowohl der neoliberalen Normalisierung, wie  
29 auch der offenen rechten Propagierung von Ungleichheit. Ein weiteres prägnantes

30 Beispiel für die ideologische Nähe ist die Konkurrenz, die der Neoliberalismus  
31 zu einem sinnvollen Prinzip gesellschaftlichen Zusammenlebens erklärt. Es führt  
32 zu der Behauptung, dass man sich gegen andere durchsetzen müsse, um das eigene  
33 Glück zu mehren. Angewandt auf scheinbar homogene Gruppen wie Nationen oder  
34 Ethnien, bedeutet dieses Prinzip den Kampf gegeneinander - was an sich schon  
35 rechts ist; noch konsequenter angewandt bedeutet das den puren, rechtsextremen  
36 Sozialdarwinismus.

37 Dieser Zusammenhang ist einer der Gründe, die in den letzten Jahren zu einer  
38 Politik der "Versicherheitlichung" geführt haben: Immer öfter ist die Antwort  
39 auf gesellschaftliche Probleme eine autoritäre, die von Repression und Gewalt  
40 geprägt ist. Dabei wird dem Streben nach vermeintlicher Sicherheit mehr und mehr  
41 untergeordnet. Sich gegen den autoritären Umbau der Gesellschaft zu stellen,  
42 heißt daher auch, zu hinterfragen, was eigentlich Sicherheit ist und was als  
43 Sicherheitsproblem wahrgenommen wird.

44 Neben dem neoliberalen Leistungs- und Konkurrenzdenken und der tief verwurzelten  
45 rassistischen Abgrenzung von anderen, sind es im besonderen auch rechte  
46 Kontinuitäten in deutschen Sicherheitsapparaten, die das Problem befeuern, statt  
47 es zu bekämpfen.

48 Dass Rechte sich besonders bei der Polizei oder dem Verfassungsschutz  
49 wohlfühlen, ist dabei kein Zufall. Schon an der Gründung der heute bestehenden  
50 Sicherheitsbehörden nach 1945 waren diverse Nazigrößen und SS-Kader fest  
51 eingebunden und beteiligt. Es war der Normalfall, dass Nazis auch nach den NS-  
52 Verbrechen munter weiter Karriere machen konnten - insbesondere in Behörden.

### 53 **Rassistische Kontinuitäten in der Polizei**

54 Mit diesem Hintergrund verwundern die zahllosen Fälle von Polizeigewalt gegen  
55 People of Color und Linke ebenso wenig, wie die schwer zu überblickende Zahl an  
56 rechten Chatgruppen, die gerade bundesweit auffliegen. Es geht dabei keineswegs  
57 um Einzelfälle und das Fehlverhalten einzelner Polizist\*innen: Die Strukturen  
58 der Polizei begünstigen rassistisches und autoritäres Verhalten. Das muss sich  
59 ändern, und zwar grundlegend: Der Einsatz staatlicher Gewalt muss eng  
60 kontrolliert werden, Fehlverhalten muss zu spürbaren Konsequenzen führen und  
61 Racial Profiling und anderen Diskriminierungen die Grundlage entzogen werden.  
62 Dafür braucht es unabhängige Ermittlungsstellen, Polizeibeauftragte bei den  
63 Parlamenten und eine anonymisierte Kennzeichnungspflicht für alle Einheiten.  
64 Betroffene von Racial Profiling sollen übermäßige Kontrollen durch Einführung  
65 eines verpflichtenden Ticket-Systems nachweisen können. Außerdem braucht es eine  
66 völlig neue Aus- und Weiterbildung, die sich an diskriminierungsfreiem Handeln,  
67 Kommunikation, Deeskalation und Konfliktprävention orientiert.

68 Doch so dringend eine Reform der Polizei auch geboten ist: Auch die beste

69 Polizei kann gesellschaftliche Probleme nicht lösen, sondern allenfalls deren  
70 Symptome bekämpfen. Der beste Polizeieinsatz ist deshalb einer, der gar nicht  
71 erst nötig wird. Wer genug zum Leben hat, fängt seltener an, Geldbeutel zu  
72 stehlen; wer bei Bedarf psychologische Begleitung bekommt, wird selten zur  
73 Gefahr und wer Asylstatus genießt, muss nicht brutal abgeschoben werden. Und  
74 natürlich braucht es zum Schutz der Betroffenen eine verantwortungsvolle und  
75 staatlich kontrollierte Abgabe von Drogen, statt den längst verlorenen Kampf  
76 dagegen mit immer absurderen Repressionen verzweifelt weiterzukämpfen.

### 77 **Verfassungsschutz: Teil des Problems**

78 Nur zu deutlich sieht man die beschriebenen Probleme am Verfassungsschutz. Die  
79 zahlreichen Skandale, die rechten Netzwerke, in die der Verfassungsschutz selbst  
80 eingebunden war oder diese mindestens gedeckt hat, sind dabei Kontinuitäten, die  
81 nicht nur in der Vergangenheit liegen. Der Verfassungsschutz versagt damit nicht  
82 nur, er stellt eine aktive Gefahr da, wie beispielsweise am NSU-Komplex  
83 besonders deutlich wurde: Wenn der Verfassungsschutz nichts vom NSU wusste, dann  
84 ist er unnütz. Aber wenn er davon wusste, dann ist er gefährlich.  
85 Doch selbst die wenigen Reförmchen, die als Konsequenz aus dem NSU-Komplex  
86 gezogen wurden, werden in vielen Bundesländern wieder Stück für Stück zurück  
87 gedreht.

88 Die Untauglichkeit des Verfassungsschutzes zeigt sich nicht zuletzt an der  
89 vielfach widerlegten Hufeisentheorie, die weiterhin eisen die Grundlage  
90 geheimdienstlichen Handelns darstellt: Statt Rassismus und menschenfeindliche  
91 Ideologien entschlossen zu bekämpfen, wird linker Aktivismus mit diesen  
92 gleichgesetzt und damit kriminalisiert. Eine solche ideologisch geprägte  
93 Arbeitsweise entbehrt jeglicher wissenschaftlicher Grundlage und verharmlost die  
94 Gefahr durch rechte Gewalt massiv. Zudem scheitert das Prinzip der  
95 Gewaltenteilung strukturell an dem Versuch, die Aktivitäten des  
96 Verfassungsschutzes angemessen parlamentarisch zu kontrollieren.

97 Eine unkontrollierbare Behörde, die ihren erklärten Zielen entgegen arbeitet,  
98 verliert ihre Daseinsberechtigung. Alle Versuche, den Verfassungsschutz zu  
99 reformieren, sind gescheitert. An einer Auflösung der Verfassungsschutzämter  
100 führt daher kein Weg vorbei. Anstelle dessen braucht es eine transparent und  
101 wissenschaftlich arbeitende Dokumentationsstelle und eine massiv gestärkte  
102 Zivilgesellschaft, die selbst dazu in der Lage ist, sich gegen  
103 menschenfeindliche Ideologien zu stellen. Vieles von dem, was wir heute über  
104 rechte Strukturen wissen, wissen wir nicht vom Geheimdienst, sondern von  
105 antifaschistischen Recherchegruppen - allen Widerständen zum Trotz. Statt  
106 Antifaschismus zu kriminalisieren, muss zivilgesellschaftliches Engagement gegen  
107 Nazis unterstützt und gefördert werden.

### 108 **Autoritarismus und Asylpolitik**

109 Die autoritäre Bekämpfung von Symptomen gesellschaftlicher Missstände zeigt sich  
110 auch in der zunehmend menschenfeindlichen Asylpolitik Deutschlands und der  
111 europäischen Union. Europas Regierungen schotten sich zunehmend ab und verfolgen  
112 die, die sich für die Rettung der Menschenrechte engagieren:  
113 Seenotrettungsschiffe werden festgesetzt, NGOs, die illegale Pushbacks an den  
114 Außengrenzen dokumentieren, werden verfolgt und der Zugang zu menschenunwürdigen  
115 Massenlagern wird mehr und mehr eingeschränkt. Die Schande von Moria ist dabei  
116 nur der vorläufige Höhepunkt einer menschenverachtenden Entwicklung, an der sich  
117 auch die Bundesregierung eifrig beteiligt: Statt geltendes Recht anzuwenden und  
118 denen, die nicht zuletzt unter unserer Wirtschaftsweise und den Folgen von  
119 Umweltzerstörung fliehen müssen, ein menschenwürdige Unterkunft zu ermöglichen,  
120 werden immer neue Vorwände gefunden, um Geflüchtete abzuwerten, sie in  
121 Elendslagern an den Außengrenzen wegzusperren oder sie im Mittelmeer ertrinken  
122 zu lassen. Die unaufhörlich steigende Zahl an Menschen auf der Flucht ist das  
123 vielleicht sichtbarste Symptom der globalen Ungleichheit. Wenn wir unsere  
124 Menschenrechte aufgeben, um diesen Menschen nicht helfen zu müssen, dann  
125 verlieren wir alles.

126 Stattdessen braucht es eine sofortige Evakuierung und Schließung aller Lager und  
127 eine solidarische Geflüchtetenpolitik, die Fliehenden neue Perspektiven schafft.  
128 Es braucht ein neues und klimagerechtes Wirtschaftssystem, das die Krisen  
129 unserer Zeit löst, statt sie weiter zu verschärfen und die Leidtragenden dieser  
130 Krisen zu bekämpfen.

131 Der herrschenden Politik der Angst, Überwachung, Abschottung und Härte stellen  
132 wir eine radikal emanzipatorische Gesellschaft entgegen, die die menschliche  
133 Würde und Freiheit in den Mittelpunkt stellt.